

## G. Zusammenfassung

Als sich Gilbert Grandval am 30. Juni 1955 nach fast zehnjähriger „Residenz“ an der Saar verabschiedete, umschrieb er die Hauptaufgabe seiner Tätigkeit mit folgenden Worten: *En Sarre, ..., j'ai d'abord défendu les intérêts français. Personne, je pense, ne me le reprochera. Ce n'est pas moi, en tout cas, qui chercherai à le dissimuler*<sup>1</sup>.

Nach den wenig guten Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland, sei es seinem Land, so Grandval zur Begründung seiner Position, in erster Linie darum gegangen, die Bergwerke und Hütten an der Saar endgültig dem deutschen Militärpotential zu entziehen. Frankreich strebte darum auch jetzt noch danach, die Saar wirtschaftlich mit dem lothringischen Industriegebiet zu verbinden. Es gelte ein wirtschaftliches Gegengewicht zur enormen industriellen Konzentration an der Ruhr zu schaffen und dies sei am ehesten möglich, wenn die naturgegebene Kombination von Kohle und Stahl des lothringisch-saarländischen Raumes gesehen und im Sinne dieses Ziels genutzt würde. Ausichtsreiche Europapolitik sei nur auf der Grundlage eines solchen Ausgleichs möglich. Für den Gaullisten Grandval war und blieb die Saar jenseits aller europäischen Integrationsbestrebungen auch im Jahre 1955 eine Angelegenheit, die zunächst vorrangig im Zeichen nationaler Interessen Frankreichs zu regeln war. Sicherheit vor Deutschland durch Verschiebung der Wirtschaftspotenzen, das war offensichtlich auch noch im Jahre 1955 das unverrückbare Ziel einer Politik, die strategisch im Gedankenkreis von Separation, Protektorat, Autonomie, Wirtschafts- und Währungsunion ihren tragenden Rückhalt fand. Im Raum stand damit eine Forderung, die, wie Freymond es formuliert hat, „die Züge des 'grand commis' Ludwig XIV.“<sup>2</sup> trug, und die von Grandval ungeachtet sich wandelnder Handlungsbedingungen durchgängig mit persönlichem Engagement und sogar manchmal im Affront zu Paris unbeirrt vertreten worden ist.

Im Zeichen einer nach 1945 durchsetzbaren Außenpolitik suchte Frankreich, eine von ihm kontrollierte saarländische Autonomie zu sichern, den Saarländern blieben Heimat, Selbstverwaltung und ihre deutsche Kulturtradition. In diesem Rahmen durfte und konnte sich die saarländische Bildungspolitik nach 1945 allmählich entfalten. Diese Grundbedingungen galten auch für die bildungspolitischen Entscheidungen, die die Militärregierung in Saarbrücken noch ohne größere Beteiligung einheimischer Politiker in der Zeit bis zum Oktober 1946 traf. Sie lassen die Absicht der Militärregierung erkennen, durch Rücksichtnahme auf den vermuteten bildungspolitischen Mehrheitswillen der saarländischen Bevölkerung die Weichen für eine Zusammenarbeit zwischen dem Saarland und Frankreich zu stellen. So restaurierte die Militärregierung das bekenntnisgebundene Volksschulwesen und die überlieferten Formen des deutschen Gymnasiums. Ihren auf Zusammenarbeit angelegten Kurs in Bildungsfragen bahnte die Militärregierung bereits im Jahre 1945 an, womit die Annahme, daß Frankreich eigentlich schon zu diesem Zeitpunkt eine politische Annektion der Saar scheute, sicherlich gestützt wird. Der innere Zusammenhang zwischen bildungspolitischer Einfühlung und erstrebter Saarautonomie

---

<sup>1</sup> G. Grandval, Allocution, o. Seitenangabe.

<sup>2</sup> J. Freymond, S. 298.